



- 2 -

Oeffentlichkeit vorzutragen. Es versteht sich, dass in dieser Politik keine sensationellen Aenderungen eingetreten sind; die Konstanten der Neutralität, der Solidarität und der Mitwirkung am Weltgeschehen bleiben dieselben. Dennoch werden wir - gerade im Hinblick auf einen möglichen baldigen Beitritt zu den Vereinten Nationen - nicht darum herumkommen, eine Position zu beziehen, die, wohldurchdacht und in sich geschlossen, zu den einzelnen Aspekten der weltpolitischen Lage eine bestimmte und unverwechselbar schweizerische Stellungnahme erkennen lässt.

X | Es ist nicht meine Aufgabe, mich zu dieser Politik in ihrer Gesamtheit zu äussern, obwohl ich ganz bestimmte Vorstellungen darüber habe, die mir prüfenswert erscheinen würden. Allgemein möchte ich nur soviel sagen, dass wir nichts davon zu gewinnen haben, wenn unsere Vorschläge an der Sicherheitskonferenz rein punktuell als Kommentare zu einzelnen Fragen, statt als Bestandteil eines kohärenten Ganzen erscheinen.

Nun zur wirtschaftlichen Seite der Konferenz. Hier würde ich eine klare Parallele zum kulturellen und menschlichen Austausch sehen, der nach der westlichen Konzeption ganz systematisch aufgelockert, erleichtert und auf jede Weise gefördert werden sollte, und zwar auf der Grundlage strikter Gegenseitigkeit. Diese strikte Gegenseitigkeit ist es, die die Schweiz zum Angelpunkt ihrer Vorschläge für den wirtschaftlichen Austausch machen sollte. Sie befindet sich hierfür in einer besonders guten Ausgangsposition, weil sie selbst auch den Staatshandelsländern gegenüber konsequent eine Politik der offenen Tür betreibt.

Wir haben einen Einkolonnen-Zolltarif, d.h. die Oststaaten werden - im Gegensatz z.B. zu der Behandlung, die sie von den Vereinigten Staaten erfahren - zolltarifarisch

./.

- 3 -

genau gleich behandelt wie die übrige Welt. Als Ausnahmen von dieser Regel sind in jüngster Zeit allein zwei geschaffen worden: einmal die Industriefreihandelszone der EFTA, in der gemäss Artikel 24 des GATT die Schweiz nur ihren EFTA-Partnern Zollfreiheit einräumt, und ganz vor kurzem die Einführung von Präferenzen für Entwicklungsländer, die in zwei oder mehr Stufen den Produkten dieser Länder schliesslich ebenfalls volle Zollfreiheit bringen sollen.

Desgleichen haben wir unsere quantitativen Restriktionen, die ausschliesslich auf dem Agrargebiet bestehen, wie auch unsere gesamte Agrarpolitik dem Osten gegenüber immer in der gleichen Weise gehandhabt wie gegenüber dem Westen (von einzelnen, hier zu vernachlässigenden Ausnahmen abgesehen). Wiederum entspricht dies keineswegs der Haltung der übrigen Weststaaten, die ihr Einfuhrsystem stark differenziert handhaben, je nachdem, ob es sich um Einfuhren aus den Staatshandelsländern handelt, die auf gewissen besonders heiklen Gebieten, wie z.B. dem der Textilien, diskriminiert werden, oder um Einfuhren aus anderen Provenienzen.

Gestützt auf diese Voraussetzungen würde ich finden, dass der Kern der schweizerischen Vorschläge an der Sicherheitskonferenz auf wirtschaftlichem Gebiet in dem Postulat liegen sollte, dass die Ostländer in der Einfuhr der westlichen Welt genau gleich behandelt werden wie die übrigen Mitglieder der Staatenfamilie. Der Osten aber hätte dafür eine Gegenleistung zu erbringen. Sie würde darin bestehen, dass er seine Märkte den Produkten der marktwirtschaftlich organisierten Länder öffnet, und zwar ebenfalls nichtdiskriminatorisch.

Hier ein Wort über die Einkaufspolitik der Staatshandelsländer. Der gesamte Aussenhandel liegt in den Händen staatlicher Organisationen, die, was den Import im besonderen betrifft, genau das einkaufen, was in ihren Gesamtwirtschafts-

plan passt, d.h. vor allem Investitionsgüter, während Konsumgüter nur soweit bezogen werden, als dies zum Stopfen gewisser Lücken und in Notlagen erforderlich ist. Die westlichen Länder, ausser der Schweiz, haben sich mehr oder weniger ausnahmslos mit diesem Zustand abgefunden - und mussten sich damit abfinden - eben weil sie, wie oben dargelegt, ihrerseits den Osten in ihrer Einfuhrpraxis diskriminieren.

Die Schweiz nun befindet sich in doppelter Hinsicht in einer besonderen Lage. Auf der einen Seite ist ihre Einfuhrpolitik auch den Staatshandelsländern gegenüber nicht diskriminatorisch, auf der andern Seite aber spielen in ihrer wirtschaftlichen Struktur die Konsumgüter eine ganz besonders grosse Rolle. Ich erinnere hier nur als Beispiele an die Uhrenindustrie, die Textilindustrie, die pharmazeutische Industrie usw. Wir haben uns in unseren Wirtschaftsverhandlungen seit Abschluss des Krieges nicht nur dem Osten gegenüber immer und immer wieder für die absolut lebenswichtigen Interessen unseres Konsumgüterexports wehren müssen. Das war in den ersten rund zehn Jahren nach 1945 auch den europäischen Weststaaten gegenüber erforderlich, deren Wirtschaft sich in Wiederaufbau befand, die an Devisenschwierigkeiten litten und darum die sogenannten "non-essentials" (d.h. die Konsumgüter) aus ihrem Einfuhrkatalog möglichst verbannen wollten. Diese Phase der Geschichte unserer Handelspolitik gehört, was den Westen betrifft, der Vergangenheit an, ist aber nach wie vor hochaktuell in unseren Wirtschaftsbeziehungen mit den Staatshandelsländern. Wir haben jeweils nur mit grosser Mühe und in ganz beschränktem Ausmass von den östlichen Verbündeten der Sowjetunion einen gewissen Zugang für kleinere Mengen unserer Konsumgüterindustrie erreichen können. Die Sowjetunion selbst bedient sich in der Schweiz souverän mit all denjenigen Investitionsprodukten und Spezialinstrumenten, die sie für ihren wirtschaftlichen Aufbau braucht; aber wir haben z.B. bisher keine einzige Uhr legal an die Sowjetunion verkaufen

können, obwohl die Erschliessung ihres Marktes von rund 250 Millionen Konsumenten für uns natürlich von höchstem Interesse wäre.

Prinzipiell ausgedrückt geht es um die Erforschung dessen, was wirkliche Reziprozität im Handel zwischen marktwirtschaftlich orientierten und Staatshandelsländern bedeutet. Die Ostländer verschanzen sich hinter dem unhaltbaren Argument, dass ihre Einkaufsorganisation die Bedürfnisse der Konsumenten bestens kennen und ihnen angemessen Rechnung tragen. Den Konsumenten selbst aber entscheiden zu lassen, würde - und dies ist von uns aus gesehen der springende Punkt - dem ganzen Wirtschaftssystem des Ostens widersprechen.

Die schweizerische Hauptthese an der Sicherheitskonferenz könnte somit in folgendem bestehen: Als Gegenleistung für eine freiheitliche Politik des Westens ist ein Weg zu finden, der der westlichen Welt einen angemessenen Zugang zu den Märkten der Staatshandelsländer für ihren gesamten Warenkatalog, einschliesslich der Konsumgüter, sichert.

Dies ist ein grosses Wort gelassen ausgesprochen; denn es wird unendlicher Anstrengungen bedürfen, um absolut hieb- und stichfeste Garantien dafür zu finden, dass diesem Grundsatz auch tatsächlich nachgelebt wird. Was von den Weststaaten natürlich nicht verlangt werden kann, obwohl gerade die Russen z.B. in ihrem Verhältnis zu Finnland sehr darauf beharren, ist, dass die innerhalb von EWG und EFTA erzielte Zollfreiheit auch ihnen und ihren östlichen Partnern gewährt wird. Einwandfreie Zollunion und Freihandelszone wären somit von der westlichen Zusage des nichtdiskriminatorischen Zugangs zu ihren Märkten ausgenommen.

Tragen wir einen solchen Vorschlag vor, so hätte er ein typisch schweizerisches Gepräge, würde unsere völlige Unabhängigkeit von West und Ost eindrücklich demonstrieren, und wäre gleichzeitig geeignet, ein sehr wesentliches Interesse der marktwirtschaftlich orientierten Länder dem Osten gegenüber

- 6 -

zu vertreten, und, im Idealfalle, zu verwirklichen.

Ausser diesem Vorschlag gibt es natürlich die auf der Hand liegenden übrigen Bemühungen einer Intensivierung des Handelsverkehrs zwischen West und Ost im allgemeinen. Doch wird kein bürokratischer Aufbau über all die bereits bestehenden unzähligen bilateralen und multilateralen Kommissionen hinaus an den Realitäten viel ändern können, solange auf der einen Seite das östliche Handelssystem im Prinzip autark ist - gekauft wird im Westen nur nach dem Leitwort "pick and choose" - und auf der andern Seite der Fertigwarenkatalog der Oststaaten und insbesondere der Sowjetunion auf weiten Strecken aus Qualitätsgründen unverkäuflich ist. Eines der Ergebnisse der Sicherheitskonferenz könnte vielleicht darin bestehen, den Gründen für diese Unverkäuflichkeit der Ostwaren nachzugehen und sie durch eine gemeinsame Anstrengung für den westlichen Konsumenten attraktiver zu machen. Es scheint mir auf östlicher Seite allerdings immer noch etwas die Illusion vorzuwalten, dass die westlichen Regierungen, oder besser gesagt ihre nach kommunistischer Auffassung die eigentliche Macht ausübenden Hintermänner, wenn sie nur wollten, veranlasst sein könnten, den Befehl zum Mehreinkauf von östlichen Fertigfabrikaten zu erteilen. Die Regierungen sind ja nach kommunistischer Doktrin nichts als "Söldlinge des Monopolkapitalismus", und wenn die Leiter der Monopole entscheiden, dass mehr Waren aus dem Osten einzuführen sind, so müsste dies - nach einer supponierten östlichen Vorstellung - ohne weiteres möglich sein. Ich überlasse es Ihnen, den Wert dieses Argumentes einzuschätzen.

Ich hoffe, mit diesen notwendigerweise summarischen und lückenhaften Ausführungen Ihre Anfrage einigermaßen beantwortet zu haben. Für weitere Auskünfte stehe ich gerne zur Verfügung.

Ich versichere Sie, Herr Minister, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

*Wilman*